



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 5./6./12./13. November 2019

Ausnahmsweise dauerte die Session vier (statt drei) Halbtage. Der Grund war die Neuauflage der [kantonalen Steuervorlage](#). Sie führte zwar im Vorfeld zu viel Gesprächsstoff, im Kantonsrat selber verlief die Diskussion aber ziemlich ruhig und kurz. Spätestens in der Eintretensdebatte am ersten Sessionstag wurde klar, dass die zweite Steuervorlage zwar niemand wirklich gut findet. Man war sich aber einig, dass die FIKO-Lösung (Finanzkommission) wohl aktuell die einzige Möglichkeit ist, eine Vorlage präsentieren zu können, die an der Urne eine (möglichst grosse) Mehrheit finden könnte.

Die Detailberatung fand eine Woche später statt und dauerte schlussendlich keine Stunde. Die Schlussabstimmung fiel mit 85:1 (bei 6 Enthaltungen) deutlich aus. Die neue Vorlage sieht im Kern vor, dass der Steuersatz für Unternehmen von heute 8.5% (bei Gewinnen über CHF 100'000) auf neu 4.4% gesenkt wird. Dadurch entsteht gemäss Hochrechnung für Kanton und Gemeinden ein Ausfall von rund 60 Mio. Franken (bei der ersten Vorlage waren es noch rund 90 Mio. Franken). Das letzte Wort dazu hat das Stimmvolk am 9. Februar 2020.

Persönlich

Engagiert habe ich mich bei der **Steuervorlage**. Zwar hält sich auch meine Begeisterung in Grenzen, da für mich die Einnahmeausfälle für Kanton und Gemeinden noch immer zu hoch sind. Insgesamt ist die nun vorliegende Vorlage aber die Mischung zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren.

Als Kommissionssprecher hatte ich einen Einsatz beim Geschäft **«Abschaffung der Lohnmeldepflicht»**. Als Einzelsprecher setzte ich mich für **weniger Strassenverkehrslärm** ein.

Neu eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Elternbeiträge bei Kinderschutzmassnahmen»**. Offenbar gibt es diesbezüglich bei den Sozialregionen eine unterschiedliche Handhabung. Einige Sozialregionen fordern die Elternbeiträge konsequent ein, andere weniger. Nicht eingeforderte Elternbeiträge bedeuten höhere Kosten für die Gemeinden und den Steuerzahler.

Zudem war ich bei zwei weiteren Eingaben aktiv beteiligt (Themen **«Steuerrechnungen»** und **«Love-boys»**), wo ich jeweils als Zweitunterzeichner fungiere.

Quasi als Teil der Steuervorlage, aber dennoch separat, wurde von der FIKO, und somit von mir mitgetragen, ein dringlicher Auftrag eingereicht. Dieser sieht vor, dass die **natürlichen Personen mit tiefen und mittleren Einkommen um (weitere) 20 bis 30 Mio. Franken entlastet werden sollen**. Die Dringlichkeit (81:9) war unbestritten, was bedeutet, dass der Regierungsrat schneller, konkret bis zur nächsten Session, die Stellungnahme vorbringen muss als üblich. Der Auftrag ist damit zwar noch nicht überwiesen, was aber innerhalb der nächsten Session Formsache sein dürfte.

Ein Vorstoss verlangte, dass die Gemeinden zukünftig die Möglichkeit erhalten sollen, **das aktive Stimm- und Wahlrechtsalter fakultativ auf das Alter 16** zu senken. Persönlich war ich hier zwar eher zurückhaltend, da es für mich etwas fragwürdig ist, wenn man wählen und stimmen kann, bevor man als volljährig gilt. Da es sich aber um eine fakultative Einführung handelt und somit die Gemeinden (d.h. auch Bürger- und Kirchgemeinden) bezüglich der Umsetzung frei sind, habe ich dem Antrag zugestimmt, so wie die knappe Mehrheit (51 zu 44).

Thematisiert wurde die aktuell geltende **Lohnmeldepflicht** für Arbeitgeber. Ein Vorstoss wollte, dass diese wieder abgeschafft wird – primär aus Überlegungen zur Reduktion der Bürokratie. Allerdings ist diese Bürokratie heute kaum ein Problem, weil der Arbeitgeber, welcher ja sowieso einen Lohnausweis erstellen muss, einfach noch ein zusätzliches Exemplar an das Steueramt einreichen muss. Demgegenüber stehen höhere Steuereinnahmen bei Kanton und Gemeinden, weil durch die Lohnmeldepflicht weniger Lohndeklarationen «vergessen» gehen. Der Vorstoss, welcher übrigens bereits vor rund 4 Jahren einmal vorlag, wurde (auch dieses Mal) abgelehnt, mit 56 (inkl. meiner) Nein- zu 33 Ja-Stimmen.

In Kürze

Besprochen wurde u.a. eine Interpellation zum Thema **«Ausschreibungspflicht der Spitexleistungen»**, zu den **«steigenden Krankenkassenprämien»** und dem **«Schutz vor Strassenlärm»**. Die nächste Session, die Budgetsession, findet am 10./11./18. Dezember 2019 statt.

André Wyss